



**Stellungnahme des FDP-Kreisverbands Wartburgkreis-Eisenach
zu der Suedlink-Trassenvariante
durch das Gebiet Westlicher Thüringer Wald**

mit betroffenen Kreisen Wartburgkreis und Stadt Eisenach

Stellungnahme der FDP Wartburgkreis-Eisenach zur Suedlink-Trasse

Das Unternehmen Tennet plant mit Suedlink den Bau einer HGÜ in Erdkabelvariante für die Betreiber Tennet und TransNet BW.

Der vorgeschlagene Trassenverlauf wird mit den Abschnitten 95, 96, 97 und 108/109 den Wartburgkreis und die Stadt Eisenach / Herleshausen tangieren. Dabei sollen in einer Erdkabeltrasse 4 Kabelpaare mit einer Gesamtübertragungsleistung von 4 GW verlegt werden.

Die FDP Wartburgkreis-Eisenach spricht sich grundsätzlich gegen den vom Netzbetreiber vorgestellten möglichen Trassenverlauf der geplanten Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitung „Suedlink“ durch Westthüringen aus.

Der FDP-Kreisverband unterstützt durch ihre Mandatsträger in den Kreis- und Gemeinderäten nachdrücklich die Anstrengungen und die bereits ergriffenen Maßnahmen der Landräte sowie der betroffenen Gemeinden zur Abwendung des Trassenbaues durch unsere Region sowie alle gegen die Trasse gerichteten Aktionsbündnisse der betroffenen Bevölkerung.

Sowohl die Thüringer Landesregierung, als auch der Wartburgkreis lehnen, zusammen mit den anderen betroffenen südthüringer Kreisen die vorgeschlagene Variante der Suedlink-Leitung ab.

Die FDP des Wartburgkreis-Eisenach schließt sich dieser Ablehnung an.

Einwände gegen die „Suedlink-Trasse“ in Thüringen:

Mit der Suedlink-Leitung soll das Netz der „Stromautobahnen“ von Nord nach Süd weiter ausgebaut werden. Die ursprünglichen Planungen für diese Verbindung sahen wohl eine weiter westwärts gelegene und damit geradlinigere und kürzere Verbindung über Hessen vor. Diese Strecke wurde aufgrund des erheblichen Widerstandes der betroffenen hessischen Bürger, Städte und Gemeinden aufgegeben.

Nun soll in einer Hau-Ruck-Aktion mit entsprechend kurzem Zeitrahmen die „Thüringer“ Variante durchgezogen werden. Damit wird Thüringen zum Abschiebebahnhof für ein ungeliebtes Großprojekt.

Allein im Bereich der vorgeschlagenen Trassenkorridore 95, 96, 97 und 108/109 mit ihren mehreren Varianten und Verzweigungen sind eine große Anzahl von Gemeinden betroffen, die nun ihrerseits über ihre Verwaltungen die Trassen auf mögliche Widerstände, Einschränkungen oder Hindernisse auf ihren Territorien prüfen müssen.

Dies ist in dem kurzen Zeitrahmen unserer Meinung nach von den Verwaltungen nicht zu leisten. Nebenbei fallen für die Gemeinden durch abzustellendes Personal, Gutachter etc. unter Umständen erhebliche Kosten für diese Prüfungen an.

Thüringen ist bereits in hohem Maße, z.B. durch die Südost-Link-Leitung stark belastet und wird durch die nunmehrige Suedlink-Leitung zum reinen Energietransfergebiet, ohne von diesen Leitungen zu profitieren.

Stellungnahme der FDP Wartburgkreis-Eisenach zur Suedlink-Trasse

Da die Suedlink-Leitung als Erdkabel-Variante gebaut werden soll, ist ein möglichst geradliniger Verlauf der Trasse kaum zu erreichen. Dies bedeutet, daß einem möglichst flachem Geländeprofil ohne starke Anstiege und Einschnitte gefolgt werden muß, was die Trasse erheblich verlängern und verteuern wird.

- Auf einzelne Probleme der möglichen Teilabschnitte können wir hier nicht eingehen, dies ist Aufgabe der betroffenen Gemeinden.

Aber:

Gerade in Thüringen und hier im südthüringer Raum trifft die Trasse auf eine Kulturlandschaft mit einem noch weitgehend intaktem Landschaftsbild, sehr sensiblen Regionen und Landschaftsräumen wie z.B. Heinich - Werrabergland, westlichem Thüringer Wald, Thüringische Rhön und Werratal und vielen schützenswerten Naturlandschaften.

Diese Vielfalt spricht auch aus den Aspekten des Natur- und Landschaftsschutzes gegen die HGÜ-Trasse auf südwestthüringischem Gebiet.

Thüringen ist auch aus wirtschaftlichem Interesse (z.B. Tourismus) auf seine noch intakten Landschaftsgebiete angewiesen.

Schlimm genug, daß die Thüringer Landesregierung mit dem Windenergieerlass nun auch in einigen seiner Waldgebiete den Bau von Windkraftanlagen ermöglichen will.

Unserer Meinung nach würde diese Maßnahme, zusammen mit dem Bau der Suedlink-Leitung zum weiteren Raubbau an unserer hochsensiblen Natur im Interesse vor allem der EEG-Lobby beitragen.

Selbst die Thüringer Landesregierung lehnt mit dem Verweis darauf, dass die geplante Energietrasse Thüringens Naturschätze wie das Biosphärenreservat Rhön und das Grüne Band zerschneiden, den geplanten Trassenverlauf vehement ab.

Der Trassenbau ist ein Eingriff mit unkalkulierbarem Risiko.

Zum Trassenbau selber möchten wir weitere Einwände vorbringen:

In der Veranstaltung am 3.11.2016 im Landratsamt des Wartburgkreises in Bad Salzungen wurde der Trassenbau für unsere Begriffe recht locker und als eigentlich gut durchführbar dargestellt.. Sensible Bereiche werden umgangen oder ausgespart, Gewässer und Verkehrswege unterbohrt, ein paar Waldquerungen wird es aber auch geben. Alles kein Problem.

Aber, die Schneise wird eine wandernde Großbaustelle quer durch ein auch geologisch und hydrologisch schwieriges Gelände, das zudem in weiten Teilen auch land- und forstwirtschaftlich genutzt wird.

Es müssen erhebliche Lasten auf bedarfsgerecht ausgebauten und befestigten und damit verdichteten Untergrund transportiert werden.

Die Trasse wird anschließend wieder verfüllt, aber mit Auswirkungen vor allem auf die oberflächennahe Hydrologie und Bodenstruktur ist zu rechnen, zumal die Leitungen und damit der Boden je nach übertragener Leistung zusätzlich erwärmt wird.

Stellungnahme der FDP Wartburgkreis-Eisenach zur Suedlink-Trasse

Die Landwirte der betroffenen Region rechnen mit erheblichen Auswirkungen auf die Fruchtbarkeit ihrer Böden. Für die Forstwirtschaft gilt, dass die angelegten Trassen nicht wieder aufgeforstet werden dürfen und damit für die Bewirtschaftung ausfallen. Zusätzliche Lasten tragen die Land- und Grundbesitzer durch den verringerten Verkehrswert ihrer Grundstücke.

Für Landschaftsschutzgebiete, Naturparks (Thüringer Wald), das Biosphärenreservat (Rhön) sowie für den Natur- und Artenschutz ist dies ein nicht hinzunehmender Zustand.

Es ist damit zu rechnen, daß es trotz gegenteiligen Beteuerungen zu umfangreichen und nachteiligen Beeinträchtigungen unserer Landschaft kommen wird - von den erheblichen Kosten für den Leitungsbau, der über die Netzentgelte an die Verbraucher weitergegeben wird, mal ganz abgesehen.

Grundsätzliche Einwände:

Der durch den Bundesnetzplan angeschobene Netzausbau wird unserer Meinung nach durch die chaotisch angegangene „Energiewende“ mit ihren überhasteten Ausbau alternativer Energien, hier vor allem der Photovoltaik im Süden und der Windkraft im Norden erforderlich.

Dies wird noch durch den irrationalen Ausstieg aus der Kernenergie für 2022 und den ins Auge gefassten Kohleausstieg weiter verschärft.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte und hat ein weitgehend ausreichendes Energieerzeugungs- und Transportnetz.

Durch die Maßnahmen der Energiewende macht es sich nun erforderlich, buchstäblich parallele Strukturen zum Vorhandenen auszubauen.

Schon die „Erneuerbaren“ wie Windenergie und Photovoltaik sind durch ihre Volatilität kaum in der Lage, zur Versorgungssicherheit Deutschlands mit Elektroenergie beizutragen. Sie können die grund- und regellastfähigen konventionellen Kraftwerke nicht ersetzen.

Nur ein Beispiel: so erbrachten die Solar- und Windkraftwerke (installierte Gesamtleistung ca 88 GW) am 29.9.2016 mittags bei entsprechenden Wetterbedingungen ungefähr 44 GW Einspeisung. Am 20.9. aber nur 0,7 GW.

Da können auch zusätzliche Leitungen keine Leistung übertragen. Wenn im Norden der Wind nicht weht und im Süden ist es gleichzeitig neblig und trüb, bleibt ohne konventionelle Kraftwerke auch die Suedlink-Leitung kalt.

So lange konventionelle und Atomkraftwerke die Energieproduktion absichern, ist dies, bis auf die ständig zunehmende Netzeingriffe zur Netzstabilisierung, kein Problem.

Aber auch die Netzeingriffe sind überwiegend den volatilen „Erneuerbaren“ geschuldet, die selten bedarfsgerecht, aber meistens über- oder unterproduzieren.

Schon das Abschalten der Kernenergie wird vermutlich zu erheblichen, nicht kompensierbaren Engpässen führen, da die wichtigsten „Erneuerbaren“ wetter- und tageszeitabhängig sind und Energiespeicher nicht in tatsächlich erforderlichem Maße zur Verfügung stehen.

Interessant dabei ist, dass selbst die vier großen Netzbetreiber (Tennet, Amprion, 50Hertz, TransnetBW) mit Engpässen in der Stromversorgung rechnen, wenn 2022 die letzten Atomkraftwerke

Stellungnahme der FDP Wartburgkreis-Eisenach zur Suedlink-Trasse

abgeschaltet werden - im Süden sind das vier Meiler mit 7GW. . diese Leistung soll durch die neuen Stromautobahnen kompensiert werden, die aber frühestens erst 2025 fertiggestellt sein werden.

Und auch diese Leistung kann nur übertragen werden, wenn im Norden der Wind weht.

Um mögliche Notsituationen zu überbrücken, wollen die vier Netzbetreiber sogenannte Netzstabilisierungsanlagen (eigentlich Notstromgeneratoren) in Süddeutschland mit einer Leistung von 2GW selber errichten und in eigener Regie betreiben (Berliner Zeitung vom 12.3.2017)

Dabei ist eigentlich vorgesehen, daß Stromerzeugung und Netzbetrieb getrennt sein sollen um Machtkonzentrationen zu verhindern.

Letztendlich werden über die Netzentgelte auch hier wieder die Verbraucher zur Kasse gebeten.

Europa und vor allem Deutschland soll an den wichtigen Stromspeicher Norwegen mit seinen virtuellen Pumpspeicherwerken angeschlossen werden.

Aber die Nordlink-Leitung kann mit 1,4 GW Übertragungskapazität nicht einmal eines der abgeschalteten deutschen AKWs ersetzen.

Alleine Baden-Württemberg, die Endstelle der Suedlink, hat 2,8 GW KKW-Leistung (lt ENBW-AG), die dann 2022 wegfallen.

Auch der geplante europäische Stromverbund, der die deutschen volatilen Stromproduzenten mit den Speichern in Norwegen und Österreich verbinden soll, dürfte kaum ausreichen, die Versorgungssicherheit mit Elektroenergie zu garantieren, da auch in diesem Verbund die Leistungsfähigkeit der Stromübertragungsleitungen die Grenzen setzt.

Eines ist aber jetzt schon sicher, es wird unglaublich teuer für die Verbraucher.

Die Kosten für den Verbraucher ergeben sich vor allem aus:

1. dem Subventionsbedarf für die erneuerbaren Energieen in Verbindung mit der quasi-Verdoppelung der Energieerzeugung
2. den Kosten der zusätzlichen Energieverteilung und der dringend erforderlichen Speicher
3. den Kosten für die Sicherung der Netzstabilität und dem defizitärem Strom-Import-Export-Geschäft
4. Laut Zeitungsbericht der „Welt“ vom 24.4.2017 planen die betroffenen Landwirte ein „Maut“ für den über ihre Flächen transportierten Strom, um ihre Nachteile auszugleichen. diese Maut soll jährlich erhoben werden und einen Jahresbetrag im dreistelligen Millionenbereich betragen. Diese Kosten werden dann ebenfalls über die Netzentgelte auf die Verbraucher abgewälzt.

Auch die Suedlink-Leitung wird durch ihre zu erwartenden Bau- und Betriebskosten über die Netzentgelte zu erheblichen Preissteigerungen der Elektroenergie für die Endverbraucher beitragen.

Stromverbrauch wird für immer mehr Menschen zum Luxusgut.

Aus diesen genannten Gründen lehnen wir den Bau der Suedlink-Leitung durch den Wartburgkreis ab und werden unsere Möglichkeiten im Rahmen unserer Kreistagstätigkeit nutzen, diese Trasse zu verhindern.

Für den Vorstand der FDP Wartburgkreis-Eisenach